

FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern

Staatssekretariat für Migration, Stabsbereich Recht
Quellenweg 6
3003 Bern-Wabern

Bern, 27. April 2021
SIS-VO / JG

Per Mail an

sandrine.favre@sem.admin.ch; helena.schaer@sem.admin.ch
ariane.studer@fedpol.admin.ch; simone.rusterholz@fedpol.admin.ch

Verordnungsanpassungen aufgrund der Übernahme der SIS-Verordnungen (EU) 2018/1860, 2018/1861 und 2018/1862 (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands) und der Anpassung des BGIAA zur Erstellung einer umfassenden Statistik im Rückkehrbereich

Stellungnahme der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

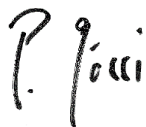
Die kontinuierliche Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Polizei-, Grenzschutz- sowie Migrationsbereich ist für ein Land im Herzen Europas unabdingbar und umso wichtiger geworden, aufgrund der veränderten Bedrohungslage sowie der neuen Herausforderungen der irregulären Migration. Dementsprechend begrüsst die FDP.Die Liberalen die dargelegte Verordnung. Die Assoziierung der Schweiz an Schengen/Dublin erhöht nicht nur die Sicherheit der Schweizer Bevölkerung, sondern bringt auch klare volkswirtschaftliche und finanzielle Vorteile.

Die FDP hat die Weiterentwicklung des Schengener Informationssystems bereits zu Beginn des parlamentarischen Gesetzgebungsverfahrens, im Jahr 2020, unterstützt. Es ist zentral, dass ein System, welches mit 300'000 bis 350'000 täglichen Suchanfragen für die Schweizer Behörden unverzichtbar ist, laufend aktualisiert wird und entsprechend auf einem soliden regulatorischen Fundament fusst. Die Neuerungen führen, unter anderem, zu einer Harmonisierung der nationalen Verfahren zur Nutzung des Systems, insbesondere bei Straftaten mit Terrorismusbezug und bei Kindesentführung durch einen Elternteil. Des Weiteren werden die Sachfahndungs- und Identifikationskategorien erweitert und das System für ein automatisiertes Abgleichen des Gesichtsbilds mit dem Ausweisbild an den Schengen-Aussengrenzen vorbereitet. Die Europäische Grenz- und Küstenwache (Frontex) erhält einen eigenen Zugriff, und die europäische Strafverfolgungsbehörde Europol wird mit zusätzlichen Zugriffsrechten versehen. Einreiseverbote, die den Schengenraum betreffen, sind neu zwingend im System zu erfassen. Die FDP unterstützt unter den gegebenen datenschutzrechtlichen Schranken diese Ausweitung, die mit diesen Verordnungsanpassungen in Kraft treten sollen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse
FDP.Die Liberalen
Die Präsidentin

Die Generalsekretärin



Petra Gössi
Nationalrätin



Fanny Noghero